



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl** und **Fraktion (SPD)**

Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse und Erreichung der formulierten Ziele des G7-Gipfels von Elmau unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt es, dass die 50 Veranstaltungen und Versammlungen von Kritikern des G7-Gipfels weitgehend friedlich verlaufen sind. Das ist zum einen den Demonstranten zu verdanken, die ihr Demonstrationsrecht friedlich wahrgenommen haben. Das gilt insbesondere für die 34.000 Teilnehmer der Demonstration am 4. Juni 2015 in München, die eine der größten Kundgebungen der letzten Jahre in der Landeshauptstadt war. Entscheidend war, dass sich die Veranstalter bereits im Vorfeld eindeutig von Gewalt distanziert hatten. Der Dank des Landtags geht aber in gleichem Maße an die Sicherheitsbehörden aus In- und Ausland wie an die Sanitäts- und Hilfsdienste. Die Hauptlast hatte hierbei die Bayerische Polizei zu tragen, die die Sicherheit der G7-Teilnehmer unter gleichzeitiger Beachtung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten hatte und unter schwierigen Bedingungen beides erfolgreich und mit großer Gelassenheit gewährleistet hat.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nach Möglichkeit im eigenen Zuständigkeitsbereich an der Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse und der Erreichung der formulierten Ziele des G7-Gipfels von Elmau zu beteiligen und sich auf Bundes- und Europaebene ebenfalls dafür einzusetzen. Das gilt beispielsweise und insbesondere für die folgenden Bereiche, für die Vereinbarungen getroffen wurden: Klimaschutz; Terrorismus, Afrika, Entwicklungshilfe, Gesundheitsschutz, wirtschaftliche Teilhabe von Frauen. Die Aufforderung an die Staatsregierung gilt unbeschadet der Tatsache, dass das Abschlussdokument des Gipfels in vielen Bereichen rein deklaratorischen Charakter aufweist. Zweckmäßig und erforderlich wären eine weitere Operationalisierung von Zielen und die Konkretisierung von Maßnahmen gewesen.

3. Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, insbesondere über das Sicherheitskonzept für den Gipfel, die Erfahrungen bei der Umsetzung, die Angemessenheit und die Verhältnismäßigkeit dieses Konzepts und über die geplanten und die tatsächlichen Kosten für die Durchführung des Gipfels, die für den Staatshaushalt entstehen, dem Landtag rasch und umfassend zu berichten.

Begründung:

Klimaschutz: Im Laufe des Jahrhunderts wollen die G7-Staaten erreichen, dass die Weltwirtschaft auf fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas verzichten kann. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2050 im Vergleich zu 2010 um bis zu 70 Prozent reduziert werden. Zur UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris wollen die G7-Länder Verpflichtungen für eigene Klimabeiträge abgeben. Die G7-Staaten wollen darauf hinwirken, dass die Zahl der Menschen in Entwicklungsländern, die sich gegen Klimaschäden wie etwa Überschwemmungen schützen können, bis 2020 um bis zu 400 Mio. erhöht. Sie bekräftigten das verbindliche Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung.

Terrorismus: Die G7-Staaten erklären, der Kampf gegen Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus werde für die gesamte internationale Staatengemeinschaft weiterhin Priorität haben müssen. Den Kampf einer internationalen Koalition gegen den IS begrüßen die Industrienationen. Und sie bekräftigen insbesondere die „Verpflichtung, das internationale Regelwerk für das Einfrieren von Vermögenswerten von Terroristen wirksam umzusetzen, und werden grenzüberschreitende Anfragen bezüglich eines Einfrierens von Vermögenswerten innerhalb der G7-Länder vereinfachen.“

Afrika: Die Industrienationen begrüßen in ihrer Erklärung die Stärkung demokratischer Institutionen sowie die wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten in Afrika. Zudem bekräftigen sie ihre „fortgesetzte Verpflichtung, afrikanische Partner bei der Bewältigung von Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung und Stabilität zu unterstützen.“

Entwicklungshilfe: In der Entwicklungspolitik setzt sich der Gipfel für den Kampf gegen den Hunger ein. Die G7-Staaten sind laut Abschlusserklärung „bestrebt, 500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern bis 2030 von Hunger und Mangelernährung zu befreien.“

Gesundheitsschutz: Die G7-Staaten wollen den Kampf gegen Epidemien wie Ebola verstärken. Das Gesundheitssystem in vielen Ländern müsse verbessert werden. Notwendig seien internationale, koordinierte Mechanismen. „Wir sind fest entschlossen, die Ebola-Fallzahlen auf null zu reduzieren“, heißt es in der Erklärung.

Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen: In der Abschlusserklärung wird festgestellt, dass durch die Teilhabe von Frauen am wirtschaftlichen Leben Armut und Ungleichheit verringert, Wachstum gefördert und Vorteile für alle geschaffen werden. Dennoch würden Frauen immer wieder diskriminiert, wodurch wirtschaftliches Potenzial beeinträchtigt, Entwicklungsin-

vestitionen gefährdet und ihre Menschenrechte verletzt werden. Es wurde deshalb vereinbart: „Wir verpflichten uns dazu, die Anzahl der Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die durch G7-Maßnahmen beruflich qualifiziert werden, bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen. Ferner werden wir für Frauen und Mädchen in den G7-Ländern aktiv Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten voranbringen.“

Darüber hinaus sind in der einundzwanzigseitigen Abschlusserklärung eine ganze Reihe weiterer Vereinbarungen getroffen worden, die sachlich geboten, politisch erforderlich und im Sinne einer guten Entwicklung wünschenswert sind.